
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 22.05.2019

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:04 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Siehe bitte Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die Sitzung des Stadtrates und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 34 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erscheint zur Sitzung (35)

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Oberbürgermeister Kuras zieht die unter dem Tagesordnungspunkt **7.9** eingeordnete BV/471/2018/V-51 – Satzung Kinder- und Jugendbauftragte*r der Stadt Dessau-Roßlau **zurück**.

Weiterhin verweist er auf die eingangs der Sitzung ausgereichten Änderungen zu den im nichtöffentlichen Teil der Sitzung eingeordneten Tagesordnungspunkten 8.1 und 8.2. Weitere Erläuterungen hierzu wird er im nichtöffentlichen Teil tätigen.

Die Tagesordnung wurde geändert **beschlossen** (36:00:00).

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, zur Sitzung. (36)

3 Genehmigung der Niederschrift vom 10.04.2019

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, bittet darum, den Redebeitrag von Herrn Schönemann (Seite 10, vorletzter Absatz) um das Wort „Hetze“ zu ergänzen, sodass der letzte Satz heißt: Der Beitrag von Herrn Dreibrodt, Freie Fraktion, erzeugt Hass und **Hetze** und mündet in Diffamierung.

Die Niederschrift wurde genehmigt (36:00:01).

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Hartmann, SPD-Fraktion, zur Sitzung. (37)

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Der Bericht des Oberbürgermeisters ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Mau, CDU-Fraktion, Frau Sanftenberg, Fraktion Die Linke und Herr Hofmeister, Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, zur Sitzung. (40)

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras verweist auf den bereits in der Sondersitzung des Stadtrates am 09. Mai 2019 bekannt gegebenen nichtöffentlichen Beschluss der Sitzung des Stadtrates am 10.04.2019 zur Zustimmung zum Verkauf einer kommunalen Fläche in Dessau-Roßlau „Schloßplatz 4 und 5 und Erteilung einer Belastungsvollmacht. In der Sondersitzung am 09.05.2019 wurden keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Einwohner 1, Herr Dr. Hofmann, übergibt als Vorsitzender des Fördervereins des Naturkundemuseums die Ergebnisse einer Petition zum Erhalt des Naturkundemuseums, zur Wiederbesetzung der freigewordenen Stellen, zur Erhaltung noch existierender Stellen sowie zur Umsetzung der Konzeption zur Entwicklung des Museums in Form einer CD an den Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm. 3.292 haben diese bis heute unterschrieben, 1.875 davon sind aus Dessau. Aus den abgegebenen 600 Kommentaren der Unterzeichner ist ersichtlich, was den Menschen wichtig ist: Erhaltung des Kulturgutes als Gedächtnis Anhalts, Erhaltung der Kulturvielfalt, Fragen der Umweltbildung, Erfassung und Verwaltung von Umweltdaten. Den Stadträten sind Stellungnahmen überregionaler und nominierter Einrichtungen und eine Stellungnahme des Bundes Deutscher Museen zugegangen, aus dem hervorgeht, wie diese fachlichen Personen die Probleme sehen. Mit Hilfe der Anhaltischen Philharmonie wurde ehrenamtlich ein Museumstag organisiert, an dem mehr als 300 Besucher teilgenommen haben. Würden mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, könnten deutlich mehr Menschen das Museum besuchen. Herr Dr. Hofmann stellt folgende Fragen:

- Wie wird mit der Erstellung des Kulturentwicklungsplanes weiter verfahren?
- Gibt es eine Zeitschiene, was dort abzusehen ist?
- Wann und wie ist die Beteiligung der Öffentlichkeit in diesem Verfahren geplant?

- Ist es die Kulturentwicklung in Dessau wert, in einem Werkstattgespräch mit Fachleuten und Akteuren ganzheitlich zu diskutieren, wie die Kulturentwicklung weitergehen kann.

-

Abschließend bittet Herr Dr. Hofmann darum, dass sich der neu gewählte Stadtrat mit dieser Petition beschäftigt.

Momentan kann keine Zeitschiene genannt werden, da das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, erwidert **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**. Es muss zwischen der Organisation und der Intensität der Arbeit in den Museen insgesamt unterschieden werden. Für die Kulturverwaltung ist die Haushaltssatzung mit dem ausgewiesenen Stellenplan maßgeblich. Sollten andere Ziele verfolgt werden, muss im Rahmen der nächsten Haushaltsplanungen darauf eingegangen werden. Zwar ist er über das Engagement für die Kulturlandschaft erfreut, jedoch ist es die Aufgabe seines Dezernates, die Kulturlandschaft insgesamt zu betrachten und zukunftsfähig aufzustellen.

Einwohnerin 2 geht auf das am 10.04.2019 im Stadtrat beschlossene Tempolimit in der Ziebigker Straße ein und stellt die Frage nach dem aktuellen Stand und den Termin für die Umsetzung.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, antwortet, dass der Antrag bei dem Landesverwaltungsamt vorliegt. Die Bearbeitungszeit kann aber nicht eingeschätzt werden.

Einwohnerin 2 geht weiterhin auf die Lebensmittelverschwendung von Discountern ein. Es werden viele Backwaren zwar gespendet, aber auch weggeschmissen.

Bei Edeka in Dessau-Nord wurden Kameras aufgestellt, damit niemand etwas aus den Containern nehmen kann. Sie fragt, ob dagegen etwas unternommen werden kann. Des Weiteren verweist sie auf eine App, wo übrige Waren abends nach Anmeldung preisgünstig abgegeben werden. Da nur ein Bäcker in Dessau so etwas anbietet, stellt sie die Frage, ob der Stadtrat diesbezüglich tätig werden kann.

Herrn Oberbürgermeister Kuras ist das Thema bekannt. Nach einem Gespräch mit der Dessauer Tafel ist festzustellen, dass die Discounter und die Bäcker ihren Verkauf von Backwaren sehr optimiert haben, sodass nach Feierabend keine großen Bestände mehr da sind und die Tafel eher Schwierigkeiten hat, ausreichend Lebensmittel zu bekommen. Da es bei den Discountern jedoch noch Abfälle gibt, kann nur mit den Anbietern über eine sinnvolle Verwertung gesprochen werden. Das Thema wird von der Wirtschaftsförderung aufgenommen und mit den Einzelhandelsketten besprochen.

Abschließend verweist die Einwohnerin 2 auf die am Freitag erneut stattfindende Demonstration „Fridays for Future“. Sie würde sich freuen, wenn viele Stadträte an der sich anschließenden Kandidatenvorstellung zur Kommunalwahl teilnehmen.

Einwohner 3 hat seine Anfragen schriftlich abgegeben, welche von Herrn Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, erläutert werden. Die erste Anfrage betrifft die Entsorgungsfirma Udo Achtert GmbH, die für die Entsorgung der gelben Säcke im Zoberberg zuständig sind. In der vergangenen Sitzung des Stadtrates wurde erläutert, dass die Stadt Dessau-Roßlau keinen Vertrag mit der Firma Udo Achtert GmbH hat, sondern mit dem dualen System. Der Einwohner 3 fordert die Stadt Dessau-Roßlau auf, umgehend und konsequent gegen diese Umweltverschmutzung vorzugehen. Die Bürger wollen eine saubere Stadt und bezahlen dafür ordnungsgemäß.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen erwidert, dass heute das duale System erneut zur Müllbeseitigung aufgefordert wurde. Gleichzeitig wurde die Entsorgung durch den Eigenbetrieb Stadtpflege in Ersatzvornahme vorgenommen. Solange die Container eingezogen sind, wird die Situation so bleiben.

Die zweite Anfrage des Einwohners 3 betrifft die Drehgenehmigung, die der Fragesteller erhalten hat und deren eventueller Entzug. Da er, Herr Ehm, persönlich angesprochen wird, sagt er ein gemeinsam mit dem Rechtsamt erarbeitetes Schreiben zu.

Einwohnerin 4, Frau Rac, stellt sich als Landschaftsarchitektin sowie zertifizierte Baumkontrolleurin vor. Sie leitet die Kampagne gegen die Dessauer Waldausschlachtung. Die Kampagne ist entsetzt über die massenhafte Ausschlachtung der Waldgebiete unserer großräumigen Umgebung zur Gewinnung wertvollen Holzes. Gesehene Dinge in und um Dessau-Roßlau sind schockierend. Frau Rac übergibt an Herrn Oberbürgermeister Kuras eine CD mit Fotos zu den gemachten Beobachtungen sowie ein Schreiben der Kampagne mit der Bitte um Weiterleitung an alle Stadträten.

Frau Rac stellt folgende Fragen:

Werden und wurden tatsächlich auch im Zeitraum vom 1. März bis 30. September Bäume gefällt? Wenn ja, wo? In welchen Größenordnungen? Was erwartet uns noch? Werden und wurden mit schwerster Technik abgeholzte Bäume, als PEFC-zertifiziertes Holz aus nachhaltigen Waldbeständen inklusive Holzurückung bis an den Waldweg verkauft? Welche kurzfristigen Alternativen gibt es zu der zerstörerischen Ausschlachtung mit schweren Fahrzeugen und Geräten?

Herr Oberbürgermeister Kuras merkt an, dass die Fällarbeiten nicht durch die Stadt Dessau-Roßlau veranlasst wurden. Er vermutet, dass es sich bei den Auftraggebern um die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz und dem Landesforst handelt. Als Vorsitzender des Kuratoriums der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz nimmt er das Anliegen mit. Damals wurden bereits Flurstücke zugeordnet mit dem Ziel aus wirtschaftlicher Tätigkeit die Erträge zu generieren, um aus diesen Erträgen die Pflege dieser Kulturlandschaft zu realisieren. Diese Waldbestände dienen auch der wirtschaftlichen Erhaltung dieser Stiftung. Andererseits hat Frau Rac Recht, dass sich viel gewandelt hat und mehr auf den Klimaschutz geachtet werden muss. Es wird empfohlen, mehr Laubbäume zu pflanzen, da diese resistenter gegen Klimafolgen sind.

Er wird die Petition mit der Bitte um Beantwortung an die Landesstellen weitergeben. Im Freundeskreis der Kulturstiftung hat es Überlegungen gegeben, wie in den Parkanlagen mit dem Sterben von Bäumen umgegangen wird. Die Naturaspekte müssen mit den Wirtschaftsaspekten aber übereinstimmen.

Frau Rac legt dar, dass der ökonomische Faktor eine große Rolle spielt, jedoch hat der Wald noch andere Funktionen. Er ist der Lebensraum für Pflanzen und Tiere, er ist ein CO²-Speicher und für die Erholung des Menschen gedacht.

Einwohner 5, Herr Weber, informiert, dass der Stadtteil Dessau-Mosigkau in den letzten Jahren durch Starkregen von Hochwasser betroffen war. Er hat aus einer Bürgerversammlung erfahren, dass nicht alle Hochwasserschutzmaßnahmen, welche für den Ortsteil geplant waren, verwirklicht werden und stellt die Frage nach den weiteren Planungen der Hochwasserschutzmaßnahmen, wenn die Fördermittel im nächsten Jahr auslaufen. Da bei einer Nichtumsetzung der Maßnahmen Bürger möglicherweise Schadenersatzansprüche geltend machen, stellt sich die Frage, wie die Stadt bei Verlust von Fördermitteln mit den weiter geplanten Ausbauten umgehen wird?

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, sagt eine schriftliche Beantwortung innerhalb von zwei Wochen zu.

Herr Oberbürgermeister Kuras ergänzt, dass im Hochwasserausschuss eine gesonderte Maßnahmenliste für Dessau-Mosigkau erarbeitet wurde. Gerade weil es dort viele wassertechnische Gefahrenlagen gibt, ist diese gesonderte Liste angelegt worden. Herr Ortsbürgermeister Bittner nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Hochwasserausschusses teil. Die Sperre der Fördermittel wurde vor einigen Monaten aufgehoben, aber eine zeitliche Frist ist ihm nicht bekannt. Auch der sichert er eine schriftliche Antwort zu.

Herr Weber fragt außerdem, wie die Verwaltung mit dem Kulturentwicklungsplan umgeht, wird dieser noch in der jetzigen Wahlperiode beschlossen oder vom neu gewählten Stadtrat. Das ist wichtig, weil es nach der Kommunalwahl eventuell eine andere Zusammensetzung geben wird.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, verweist auf seine bereits gegebene Antwort, dass die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen ist. Sollte der neue Stadtrat darüber Entscheidung muss dieser die maßgeblichen Entscheidungen mittragen, sodass dieses Thema im neuen Stadtrat wieder aufkommen wird. Der Kulturentwicklungsplan sollte auch andere Konzepte in Betracht ziehen, wie das Integrierte Stadtentwicklungskonzept.

Einwohnerin 6, Frau Lechler, verweist auf die abgebrannte Kaufhalle in der Rabestraße, die seit vielen Jahren unberührt ist und ein Schandfleck der Stadt ist. Vielleicht ist hier eine Zwischennutzung möglich, weshalb eine Ideenkonferenz mit dem Liboriusgymnasium und dem Stadtbezirksbeirat stattfinden könnte. Ein weiterer Schandfleck befindet sich in der Ecke Flössergasse zur Rabestraße, wo eine Molke-

rei war. Hier wächst im Sommer bis zu einem Meter Gras. Nach ihrer Kenntnis gehört dieses Grundstück der Fa. Diring & Scheidel, jedoch wird seit Jahren dort nichts getan. Sie stellt die Frage, was für eine Zwischennutzung getan werden kann. Dort könnten z. B. Fahrradständer, ein Spielplatz oder Sitzplätze geschaffen werden, weshalb eine Beratung der Verwaltung mit der Fa. Diring & Scheidel und jungen Leuten geführt werden sollte. Des Weiteren befindet sich zwischen der Zerbster Straße und dem Liboriusgymnasium hinter der Santander Bank der Boden des Fußweges in einem sehr schlechten Zustand, welcher aufgrund von Sturzgefahr behoben werden muss.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, sagt die Prüfung der Stelle an der Santander Bank zu. Sollte hier eine Sturzgefahr bestehen, wird diese beseitigt. Bezüglich der beiden anderen Gebäude verweist sie darauf, dass sich diese im Privateigentum befinden, weshalb die Verwaltung keinen Einfluss darauf hat. Die Verwaltung kann hier nur nachfragen, beraten und bei Gefahr für Leib und Leben eingreifen.

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Rumpf und Frau Müller, CDU-Fraktion, sowie Herr Trocha, Freie Fraktion, zur Sitzung. (43)

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, macht auf die vergangenen Stadtratssitzungen aufmerksam, in denen Herr Hernig und er von Herrn Schönemann und Herrn Pätzold von der Fraktion Die Linke massiv verbal angegriffen wurde. Speziell die Amtsblattbeiträge zu den Themen der jahrelangen Schuttberge der Firma abc recycling am Elberadweg und das angestrebte Oury-Jalloh-Gedenken standen in der Kritik. Obwohl Auseinandersetzungen unter Stadträten nicht zur Arbeit im Stadtrat gehören sollten, sieht sich die Freie Fraktion veranlasst, darauf eine Antwort zu geben. Es geht hierbei auch um Gedanken- und Wissensfreiheit, um Informations- und Pressefreiheit, um Demokratie in allen ihren Erscheinungsformen. Damit hat die Fraktion Die Linke fast 30 Jahre nach der Wende, immer noch unüberwindbare Probleme. Was sollte die Auflistung im Sonderstadtrat, dass sich die Freie Fraktion aus ehemaligen Parteimitgliedern der AfD, der CDU und der SPD zusammensetzt. Was dort als Makel dargestellt wird, zeichnet die Freie Fraktion aus. Weil die Mitglieder der Freien Fraktion alle Fesseln der früheren Parteimitgliedschaft, abgestreift haben, können sie sich ohne Zwänge von Parteiprogrammen, ideologischen Richtungsvorgaben und parteiinternen Machtstrukturen voll auf den eigentlichen Wählerauftrag konzentrieren und sich ausschließlich um das Wohl der Stadt und der Bürger kümmern. Dass sich Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bis heute nicht für den Versuch entschuldigt hat, einen Oury-Jalloh-Gedenktag in Dessau-Roßlau einzuführen, hat die Bürger sehr enttäuscht.

Dass sie nun ersatzweise an jedem 10. Dezember einen Sammelgedenktag installieren wollen, an dem unter anderem Oury Jalloh, Alberto Adriano und Yangji Lie gemeinsam gedacht werden, ist der nächste Skandal. Die von einem Dessauer Sexualmonster bestialisch getötete chinesische Studentin Yangji Lie in einen Gedenktopf mit Oury Jalloh zu werfen, ist pervers und schockierend. Oder möchte Herr Schöneemann, Fraktion Die Linke, ernsthaft die Polizisten mit dem brutalen Mörder der chinesischen Studentin gleichsetzen. Was wird wohl der Vater von Yangji Lie, selbst ein Polizist, darüber denken? Dagegen wendet sich die Freie Fraktion Dessau-Roßlau und fordert alle Stadträte auf, alles zu tun, dass es nicht dazu kommt. In ihren Redebeiträgen zu dem Oury Jalloh-Gedenktag haben sich die Linken auch darüber empört, dass solche Amtsblattartikel der Freien Fraktion überhaupt veröffentlicht werden können und hinterfragt, wer so etwas genehmigt hat. Diese Denkweise beweist, dass trotz mehrfacher Namensänderung, die Linken immer noch das sind, dass sie immer waren, Demagogen und Diktatoren, Feinde der Demokratie, welche außer ihrer Meinung, keine andere gelten lassen. Wer heute nicht an einer Menschenkette teilnimmt, keinen Appetit auf linksextremen Feine Sahne Fischfilet hat, oder einen Oury-Jalloh-Gedenktag unangemessen findet, wird von den Genossen sofort in die rechte Ecke gestellt und zum Neonazi erklärt. Dies weisen die Mitglieder der Freien Fraktion in aller Deutlichkeit zurück.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, bezieht sich auf einen Artikel der Mitteldeutschen Zeitung „Steinwüste verbieten, erste Kommunen reagieren“. Er merkt an, dass die Stadt Dessau-Roßlau, von oben betrachtet, im Grünen liegt.

Es gibt gute Ansätze der Kommune, so z. B., dass der Grünstreifen in der Albrechtstraße auf der rechten Seite in Richtung Roßlau wieder hergestellt wurde. Das heißt, dass die alten Parkplätze zurückgebaut und dort nun ein Rasen angelegt wurde. Dennoch fragt er, wie es weitergehen soll. Der größte Teil der rechten Straßenseite, ab dem Albrechtsplatz bis zur Schillerstraße, wurde auch noch versiegelt. Die Parkplätze sind nun auf der Straße angelegt. Daher fragt er, wann es weiter geht. Er bittet **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass keine Behandlung im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt stattfindet, da das Thema nur zerredet wird. Weiterhin steht in der Mitteldeutschen Zeitung, dass Herr Gebhardt nun Mitglied bei Pro Dessau-Roßlau ist, was falsch ist, da er dort erst als Kandidat antreten wird. An Herrn Dreibrodt, Freie Fraktion, stellt er die Frage, was er sich einbildet, über seine Biografie zu reden, er sollte überlegen, wer seine Ausbildung zum Diplomingenieur gemacht und bezahlt hat.

Herr Hernig, Freie Fraktion, geht auf den Stadtratsbeschluss vom 10.04.2019 ein, in dem die Beräumung der Gartensparte Braunsche Lache beschlossen wurde. Bei einer Besichtigung in der vorigen Woche konnte er feststellen, dass diesbezüglich nichts passiert ist. Auf Nachfrage bei Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, wurde ihm erklärt, dass der Eigentümer des Bauschutts einen Beräumungsplan vorlegen wird und die Beräumung bis Jahresende abgeschlossen sein soll. Es stellt sich die Frage, warum Beschlüsse gefasst werden, wenn nichts passiert. Bereits seit 2016 gibt es Ankündigungen zur Beräumung dieses Grundstückes.

Bisher wurde gesagt, dass es sich um Recyclat handelt. Jedoch befindet sich in dem geschredderten Material Gasbeton, der gesondert gelagert werden muss. Weiterhin befinden sich dort Teile von Asbestplatten, Dachpappe, Dämmmaterial und Kabelreste. Entnommene Proben übergibt Herr Hernig an Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt. Dann wurde ihm gesagt, dass er nicht das Recht hat, das Grundstück zu betreten. Es ist ein freizugängliches Grundstück im Eigentum der Stadt Dessau-Roßlau. Auf diesem Grundstück können Kinder spielen und es kommen auch Radfahrer vorbei. Er verweist darauf, dass die Stadträte berechtigt sind, solche Grundstücke zu besichtigen. Auf sein Angebot, dass er 2 Firmen beauftragten könnte, die innerhalb von 4 Wochen die Fläche beräumen würden, hat er von Frau Schlonski die Antwort erhalten, dass sie das nicht interessiert. Es gab dann die Aussage, dass er, Herr Hernig, Lügen verbreitet, jedoch handelt es sich nachweisbar um Bauschutt.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, geht auf die zurückgezogenen Beschlussvorlage „Satzung Kinder- und Jugendbeauftragte*r der Stadt Dessau-Roßlau ein und verweist auf die Kritik in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses bezüglich der Art und Weise der Einreichung der Beschlussvorlage. Die Aufgaben des Jugendhilfeausschusses regelt das SGB IIX und infolge dessen auch diese Satzung. Die vom Jugendhilfeausschuss beschlossene Satzung hätte im Haupt- und Personalausschuss zur Diskussion stehen müssen. Wenn die Verwaltung einen anderen Standpunkt vertritt, kann sie das anführen. Die Änderungen wurden nicht eingearbeitet, sondern lediglich als Anhang beigefügt. Er mahnt einen anderen Arbeitsstil an, denn es handelt sich um einen Verfahrensfehler. Der Jugendhilfeausschuss hat einen geregelten Sonderstatus.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, macht auf die Stelen aufmerksam, welche der Wirtschafts- und Industrieclub auf den Weg gebracht hat und die bis zur Eröffnung des Bauhausmuseums in 2 Eingängen der Stadt Dessau-Roßlau aufgestellt werden sollen. Bezüglich des Vorschlages, für 2 weitere Stelen an 2 anderen Eingängen der Stadt eine Vorfinanzierung zu prüfen, fragt er nach dem aktuellen Stand. Weiterhin verweist er darauf, dass die Wasserharfe auf dem Parcour zwischen dem Bauhaus und dem Bauhausmuseum noch immer nicht in Betrieb genommen wurde. Deshalb stellt er die Frage, ob das nach der Eröffnung des Museums gemacht wird oder gar nicht.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, informiert bezüglich der Stelen, dass er mit dem Wirtschafts- und Industrieclub gesprochen und erläutert hat, dass die Stadt Dessau-Roßlau die Vorfinanzierung übernehmen könnte. Sie sind so verblieben, dass der Wirtschafts- und Industrieclub sich erst intern eine Meinung einholt. Bisher gibt es keine Rückinformationen des Vereins.

Herr Dr. Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, merkt an, dass der Umgang mit verwahrlosten Flächen und Gebäuden im § 176 BauGB geregelt ist. Dort geht es um Baugebote, welche innerhalb eines Bebauungsplanes gemacht werden können.

Diese Baugebote können bei bauunwilligen Investoren vollzogen werden und können nach einem langen Prozess dazu führen, dass solche Grundstücke enteignet werden. Eine Möglichkeit für verwahrloste Flächen wäre ein Blühwiesenprogramm, wie in der Stadt Coswig vom Naturpark initiiert.

Zur von Frau Rac angesprochenen Waldausschlachtung mahnt Herr Dr. Meier eine andere Kommunikationsstrategie an. Die Stadt Dessau-Roßlau könnte eine Führung durch den Wald anregen, um zu erklären, was dort stattfindet, denn der Forst hat auch Beweggründe, warum bestimmte Dinge dort erfolgen.

Abschließend legt Herr Dr. Meier dar, dass sich die Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, Gedanken über die Planungswerkstatt und das weitere Vorgehen zum Schloßplatz gemacht hat. Auf der Seite 4 der Aufgabenbeschreibung für die Planungsbüros stehen die Verfahrensgrundsätze, die im Vorfeld geklärt werden können. Es ist wichtig, dass die Aufgabenstellungen für diese Planungswerkstätten im Vorfeld auch mit der Bürgerinitiative besprochen werden, sodass eine enge Einbindung stattfindet. Sie regen eine Institutionalisierung einer Planungswerkstatt im Sinne einer permanenten Planung im innerstädtischen Bereich an, die auch andere Bereiche, wie die Wallstraße und die Naumannhöfe aufgreifen. Vielleicht können die Planungswerkstätten so qualifiziert werden, dass innerhalb der Bauhausdekade auch das Thema Bundesgartenschau thematisiert werden kann. Die Planungswerkstatt sollte nach dem Bürgerbegehren stattfinden.

Frau Müller, Fraktion SPD, nimmt Bezug auf den Beitrag von Frau Lechler und schlägt vor, auf dem verwahrlosten Grundstück ein Schild mit der Aufschrift „Ist in Privatbesitz“ aufzustellen, was auch für den Kristallpalast gelten könnte. Sie bittet zu prüfen, welche rechtliche Maßnahmen dort greifen könnten.,

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, nimmt Bezug auf den Beitrag von Herrn Dr. Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen und verweist darauf, dass die Verfahren nach dem § 176 BauGB sehr langwierig sind und die Gefahr damit zu scheitern sehr groß ist.

Herr Oberbürgermeister Kuras geht auf den Redebeitrag von Herrn Hoffmann, Fraktion Die Linke, ein. Er hat im Haupt- und Personalausschuss bereits gesagt, dass es keinen Automatismus gibt, dass der Haupt- und Personalausschuss die Beschlussvorlagen des Jugendhilfeausschusses zwingend übernehmen muss. Dafür wurde er auf Facebook massiv angegriffen. Er macht noch einmal deutlich, dass er an seiner Rechtsauffassung festhält. Im Sozialgesetzbuch ist das deutlich geregelt. Der Jugendhilfeausschuss ist ein besonderer Ausschuss. Er beschließt in erster Linie die Förderung der Freien Träger. Für Satzungen ist nur der Stadtrat zuständig. Die Beschlüsse im Stadtrat werden im Haupt- und Personalausschuss vorberaten. Es hätte besser kommuniziert werden müssen, jedoch wird die Beschlussvorlage erneut verhandelt. Er tritt der Auffassung entgegen, dass der Jugendhilfeausschuss eine solche Satzung beschließen kann, was erneut diskutiert werden muss.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, bezieht sich auf den Beitrag von Herrn Berghäuser, Fraktion Die Linke, und verweist darauf, dass Alternativen für die Albrechtstraße geprüft und im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, besprochen werden.

Weiterhin geht Frau Schlonski auf die Beräumung der Braunschen Lache ein und erklärt, dass eine Räumung dieser, als inzwischen Besitzer der Flächen, veranlasst wurde.

Herr Semper, Fraktion Die Linke, bezieht sich auf den Kulturentwicklungsplan und legt dar, dass einige Maßnahmen eingeleitet werden sollten, was in den anstehenden Haushaltsberatungen beachtet werden sollte. Der Kulturentwicklungsplan muss auch umsetzbar sein. Dabei sind finanzielle und organisatorische Dinge notwendig, weshalb ein gewisser Vorlauf nötig ist.

Weiterhin bezieht er sich auf die Informationsvorlage zur demografischen Entwicklung, welche sich an den Kulturentwicklungsplan anpasst. Es ist notwendig, dieser Entwicklung mit wirksamen Mitteln entgegen zu wirken. Die Kultur ist ein Mittel dafür und ist Wirtschafts- und Imagepflege einer Stadt. Wenn diese Mittel gekürzt werden, begleitet man den Abstieg einer Stadt. Dieser Gedanke sollte im Kulturentwicklungsplan Einzug halten. Es sind ein paar Aspekte vorhanden, die neu und begrüßenswert sind. Wichtig wäre, dass dieser Entwicklung entgegengesteuert wird. Auch bezüglich der Diskussion um den Wald, dass wir wenig Einfluss auf andere Einrichtungen haben, sollte darauf geachtet werden, dass das Vorhandene, worauf Einfluss genommen werden kann, erhalten wird. Diese Einrichtungen sollten modernisiert und erweitert, aber auf keinen Fall geschlossen werden. Deshalb stellt er einen Änderungsantrag, der vor den Haushaltsberatungen in den Kulturentwicklungsplan aufgenommen werden soll. Im Wesentlichen geht es darum, dass die Stadt über das Personal der Gemäldegalerie und deren Außenwirkung gestärkt wird, was auch für das Museum für Stadtgeschichte und für das Naturkundemuseum zutrifft. Hier sieht die Fraktion Die Linke die Notwendigkeit, diese Einrichtungen als eigenständige Einrichtungen zu erhalten und die Personalstärke aufzustocken. Ebenso sind Maßnahmen für das Technikmuseum Hugo Junkers in die Haushaltsberatungen einzubeziehen. Eine weitere Angelegenheit ist die Schaffung ordentlicher Depotflächen für die Museen. Hier könnte die Alte Brauerei als Komplex ausgebaut werden. Er bittet um Beratung der genannten Vorschläge.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, möchte eine Option setzen, wo im Vorfeld die Organisation des 14. Hugo-Junkers-Festes in Dessau am Pfingstwochenende mit dem Schwerpunkt 8. Juni 2019 stattfindet.

Er macht deshalb diesen Nachdruck, da die bisherige Berichterstattung nicht sehr positiv war. Die JU-52 sowie die AN-2 ziehen in das Technikmuseum. Die Veranstaltung 100 Jahre – F-13 findet am 25.06.2019 in feierlicher Form statt.

Als Organisator dieser Veranstaltung muss man sich gemeinsam mit dem Kultur- und Heimatverein Kleinkühnau e. V. Gedanken machen, wie eine attraktive Alternative geschaffen werden kann. Das Programm wird mit interessanten Angeboten versehen und es wird im flugsportlichen Bereich zu einer Kunstflugshow von zwei JAK-52 aus Köthen und Magdeburg kommen. Es gibt eine Präsentation von Flugzeugoldtimern. Weitere Überraschungen stehen bereit. Es wird im Bereich des Agrarfluges eine Let Z-37 starten und den Besuchern zeigen, was Geschichte auf diesem Sektor wert ist. Es gibt Segel- und Rundflüge einer AN-2, welche gewonnen werden können. Er möchte nicht unerwähnt lassen, dass es einen attraktiven Volksfestcharakter geben wird. Es gibt die klassische Kulturbühne des Stammtisches des Flugplatzes.. Es wird ein Schützenfest und eine Kaffeetafel geben. Das traditionelle Tauziehen zwischen Groß- und Kleinkühnau wird stattfinden. Es gibt auch die erste Präsentation eines Wettbewerbes eines großen Preises von Kleinkühnau im Cartsport. Schlussendlich gibt es in der Grundschule Hugo Junkers s einen Malwettbewerb, der im Finale am 25.06.2019 ausgewertet werden soll. Die Erstplatzierten werden in der F-13 in Begleitung von Herrn Bernd Junkers einen Rundflug erleben.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, nimmt erneut Bezug auf das Thema Kinder- und Jugendbeauftragter und stimmt zu, dass der Stadtrat bei bestimmten Beschlüssen die Entscheidungen trifft. Die rechtliche Stellung des Jugendhilfeausschusses sollte erneut geprüft werden, denn in einigen Kommentaren steht, dass Beschlüsse des Ausschusses gegenüber der Verwaltung eine weisende Wirkung haben. Den Beschluss eines Ausschusses zu ignorieren und mit einer unveränderten Vorlage in das nächste Gremium zu geben, widerspricht dem anhörenden und empfehlenden Charakter eines Ausschusses. Diese Auffassung ist durch die Kommunalaufsicht bestätigt worden.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, stellt klar, dass die Ordnung auf einem öffentlich sichtbaren Grundstück nicht nur auf das Baurecht zu beschränken ist. Der Begriff der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beinhaltet auch die Ordnung und es ist ein Ansehen und kann nach allgemeinen ordnungsrechtlichen Gegebenheiten angemahnt werden.

Auf den Kulturentwicklungsplan eingehend, verweist er als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen auf die steigenden Kosten. Die für die Kulturangebote zur Verfügung stehenden Mittel sind konstant, mehr kann nicht aufgebracht werden. Bei der nächsten Tarifvertragerhöhung für das Anhaltische Theater wird noch weniger Geld für andere Aufgaben zur Verfügung stehen. Deshalb muss zur nächsten Haushaltsberatung über die weitere Verfahrensweise nachgedacht werden.

Abschließend bittet Herr Weber aufgrund der Aussage von Herrn Hernig, dass sich Asbest in der Braunschen Lache befindet, um eine Stellungnahme der Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt, Frau Schlonski.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, bezieht sich auf die letzte Sitzung des Haupt- und Personalausschusses und gibt Herrn Hoffmann bezüglich der Ausführungen zur Satzung des Kinder- und Jugendbeauftragten Recht. Er bemängelt den Umgang mit den Stadträten, da der Vorgang für die Mitglieder des Ausschusses nicht eindeutig erkennbar war, weshalb zukünftig besser kommuniziert werden muss.

Die Fraktion der SPD setzt sich für einen hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten ein.

Weiterhin appelliert Herr Eichelberg an die Stadträte, nicht zuzulassen, dass in der Waldsiedlung für 10 neue Häuser 70 gesunde Eichen gefällt werden. Die Stadt sollte mit Sitz des Umweltbundesamtes eine Vorbildrolle einnehmen und das Mögliche umsetzen. Bezüglich des Schloßplatzes sollte mit dem Investor noch einmal verhandelt werden, ob es nicht eine für beide Seiten zufriedenstellende Möglichkeit gibt.

Herr Schönau, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, stellt die Frage, wie die Zufahrten zur geplanten Jet-Tankstelle in der Mannheimer Straße sein sollen und verweist darauf, dass der zuständige Stadtbezirksbeirat von dieser Baumaßnahme keine Kenntnis hatte.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, nimmt Bezug auf die Anfrage von Herrn Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, bezüglich der Asbest-Anteile in der Braunschen Lache und erklärt, dass bei der Beräumung die Gefahrenstoffe entsorgt wurden. Das betrifft Teerpappe, Asbest, Dämmmaterialien, Altöl und Elektrogeräte. Bei der Menge ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich dort noch kleine Restbestände befinden. Das Umweltamt war aber vor Ort und hat festgestellt, dass dort keine gefährlichen Abfälle liegen.

Des Weiteren bestätigt sie, dass ein Bauantrag von Jet in der Mannheimer Straße vorliegt und dass der Bebauungsplan eine solche Bebauung zulässt.

Herr Adamek, Fraktion CDU, bedankt sich für die Information bezüglich der gelben Säcke von Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen. Dennoch hält er an seinem Anliegen fest, dass mit der Firma Udo Achtert, der Verwaltung und den Stadträten ein gemeinsamer Termin zu Erörterung durchgeführt werden soll, weshalb er um zwei Terminvorschläge bittet.

In der Fraktionssitzung wurde das Thema der zweiten Vorschuluntersuchung in den Kindertagesstätten aufgegriffen. Er bedauert, dass dieses Thema erst mit dem nächsten Haushalt bearbeitet werden soll, denn bei der geplanten Zeitschiene wird eine Beschlussfassung des Haushaltes frühestens im Dezember 2019 erfolgen, so dass die Ausschreibung für den Kinderarzt erst mit Freigabe des Haushaltes im Januar 2020 stattfinden und eine Einstellung erst im 3. Oder 4 Quartal 2020 möglich ist. Das ist bedauerlich, da es bereits große Ausmaße der frühkindlichen Entwicklung gibt, die auf Dauer der Stadt Dessau-Roßlau sogar mehr kosten könnte.

Zum Jugendhilfeausschuss bittet er um Informationen, ob der Ausschuss beratend oder beschließend tätig ist.

Auf die Problematik Braunsche Lache eingehend stellt Herr Adamek abschließend die Frage, wem der Schutthaufen gehört und wie die Flächensicherung des Gebietes aussieht.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, antwortet, dass das Grundstück 2017 vom Land Sachsen-Anhalt übernommen wurde. Für diese Schutthaufen ist die entsprechende Recyclingfirma verantwortlich. Insofern wurde die Firma erneut zur Beräumung aufgefordert. Das Gebiet ist nicht eingezäunt, liegt aber abseits des Weges.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, nimmt ebenfalls Bezug auf die Haupt- und Personalausschusssitzung und verweist darauf, dass aus der Beschlussvorlage deutlich hervorgeht, dass es sich um eine Satzung handelt. Es war lediglich ungünstig formuliert worden.

Herr Dr. Melchior kritisiert, dass zunehmend frei von Würde im Stadtrat agiert wird, worauf im neu gewählten Stadtrat geachtet werden wollte.

Des Weiteren geht er auf den schweren Unfall auf der Brücke Richtung Roßlau ein und schlägt die Installation eines festen Blitzers vor, da es sich an dieser Stelle und ein Geschwindigkeitsproblem handelt.

Diese Überlegung gibt es seit längerer Zeit, erwidert **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, jedoch ist die Rechtslage so, dass die Kommune nur innerhalb der Ortschaft blitzen darf. Das Ortsschild steht hinter der Gefahrenstelle. Es müsste eine Einigung erzielt werden, dass das Ortsschild vor der Einfahrt angebracht wird, denn dann könnte ein Blitzer aufgestellt werden.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, wünscht sich, dass der neue Stadtrat von der Verwaltung ernster genommen wird. Der Stadtbezirksbeirat versucht auch für die Ortschaft tätig zu werden. Zum Bau der Jet-Tankstelle in der Mannheimer Straße hätte er gern Informationen gehabt.

Weiterhin verweist er auf seine Frage an die Verwaltung, weshalb die Bäume am Penny in der Kühnauer Straße gefällt wurden und die Antwort, dass jemand das Grundstück übernommen und diesen Antrag auf Fällung der Bäume gestellt hat. Was der Eigentümer bauen möchte, ist der Verwaltung nicht bekannt. Wenn der Eigentümer dann doch nicht baut, wurden die Bäume umsonst gefällt. Das ist kein Umgang mit den Stadträten. Auch die Frage zur Zufahrt der Jet-Tankstelle wurde nicht beantwortet.

Es gibt seit langem den Auftrag, dass die Bäckerei Lantzsch dort eine Zufahrt erhält und nun wird dort eine neue Tankstelle gebaut. Weiterhin wurde die auch im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt gestellte Frage zur „Wasserharfe“ in der Antoinettenstraße von der zuständigen Dezernentin, Frau Schlonski, nicht beantwortet.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, antwortet, dass die Zufahrt zur Jet-Tankstelle über die Mannheimer Straße erfolgen wird. Tankstellen sind privilegierte Bauvorhaben, die eine Erschließung von der Hauptverkehrsstraße haben. Zum Brunnen in der Antoinettenstraße erfolgt eine schriftliche Beantwortung.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärt zum Brunnen in der Antoinettenstraße, dass die Untersuchung abgeschlossen ist.

Momentan werden die benötigten Mittel beschafft und es wird eine Initiative geben, die der Stadt Dessau-Roßlau keine Kosten verursacht. Die Wasserharfe kommt definitiv in die Stadt Dessau-Roßlau zurück.

Frau Stöbe, Fraktion Die Linke, informiert, dass sie eine Mitteilung bekommen hat, dass der nächste Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport am 05.06.2019 aufgrund von fehlenden Beratungsgegenständen ausfällt. Es kann aber keinen Mangel an Beratungsgegenständen geben, da viele Bürger und Stadträte sich für das Kulturentwicklungskonzept interessieren und weil auch das Georgium ein wichtiges Thema ist. Sie bittet darum zu überlegen, ob nach den Pfingstfeiertagen eine Sondersitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport durchgeführt werden kann.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, übergibt die Petition von Herrn Dr. Hofmann „Das Museum für Naturkunde und Vorgeschichte in Dessau darf nicht sterben“ an Herrn Oberbürgermeister Kuras.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, ergänzt, dass die Jet-Tankstelle doch vom Plattenwerk erschlossen wird und von dort aus erreichbar ist.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Frau Stabbert-Kühl, Fraktion Die Linke, zur Sitzung. (44). Herr Präger, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, verlässt die Sitzung zum Ende des Tagesordnungspunktes. (43)

In der Zeit von 18:02 Uhr bis 18.30 Uhr wird eine Pause durchgeführt.

7 Beschlussfassungen
7.1 Maßnahmebeschluss Umgestaltung Friedrichsplatz Großkühnau
Vorlage: BV/074/2019/I-08

In den Unterlagen ist aufgeführt, dass der Fördermittelbescheid am 30.11.2018 endet, erklärt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Es hat jedoch eine Verlängerung gegeben, was der Beschlussvorlage sein hätte beigefügt werden müssen.

Beschluss:

Die Umgestaltung des Friedrichsplatzes in Großkühnau wird gem. §1 (4) Straßenausbaubeitragssatzung vorbehaltlich der Zustimmung der später Beitragspflichtigen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 42:01:00

7.2 Maßnahmebeschluss zur Errichtung einer neuen Kindertagesstätte in der Raguhner Straße
Vorlage: BV/065/2019/II-DKT

Beschluss:

1. Dem Neubau einer Kindertagesstätte auf den Flurstücken Nr. 11045 und 11046, Flur 34, Gemarkung Dessau, einschließlich der Gestaltung des Freigeländes und der Neuausstattung dieser Einrichtung mit 144 Kitaplätzen wird auf Grundlage der beiliegenden Vorplanung (Anlagen 2 bis 5) mit Gesamtkosten von 3.319,8 TEUR zugestimmt.
2. Der Grundbesitzübertragung des Grundstückes Raguhner Straße (o.a.) an den Eigenbetrieb DeKiTa für den Neubau einer Kindertageseinrichtung wird zugestimmt.
3. Die Finanzierung der Mehrausgaben gegenüber dem Haushaltsansatz erfolgt 2020 über die Mehreinnahmen aus der Bereitstellung von zusätzlicher Investitionshilfe durch das Land.

Abstimmungsergebnis: 39:02:02

**7.3 Satzung zur Änderung der Stellplatzsatzung der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/130/2019/III-63**

Beschluss:

Auf Grund des § 85 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 in Verbindung mit § 85 Abs. 3 Satz 2 der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt und § 45 Abs. 2 Ziffer 1 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der zuletzt gültigen Fassung beschließt der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau die Änderungssatzung gemäß Anlage 2.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**7.4 Novellierung Maßnahmebeschluss
Aufbauhilfe Hochwasser 2013
Wiederherstellung der Sportanlage Seesportverein Dessau e.V.
Vorlage: BV/114/2019/III-65**

Beschluss:

Der Gesamtausgabebedarf zur Umsetzung der Maßnahme erhöht sich von bisher genehmigten 771.831,41 EUR auf 1.180.430,09 EUR. Die Finanzierung erfolgt zu 100 % aus dem Förderprogramm zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**7.5 4. Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für
allgemeinbildende Schulen für den Planungszeitraum 2014/15-
2018/19 (gültig bis 2019/20)
Vorlage: BV/093/2019/V-40**

Beschluss:

Die 4. Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen für den Planungszeitraum 2014/15-2018/19 (gültig bis 2019/20) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**7.6 Umsetzung der Pflegeberufereform - Neustrukturierung der Pflege-
ausbildung in Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/107/2019/V-40**

Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, erklärt, dass das Berufsschulzentrum an dieser Stelle geschwächt und der Eigenbetrieb Städti-

ches Klinikum gestärkt wird. Der neue Stadtrat sollte sich Gedanken über die weitere Entwicklung des Berufsschulzentrums machen. Es wäre ein gutes Thema für die erste Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung Sport im neuen Stadtrat.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, verweist darauf, dass der Bildungsgang am Anhaltischen Berufsschulzentrum entfällt, jedoch wird die Ausbildung dort weiter stattfinden, was der Beschlussvorlage zu entnehmen ist..

Beschluss:

1. Der vollzeitschulische Bildungsgang „Altenpfleger/-in“ entfällt am Anhaltischen Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“.
2. Die neue generalistische Pflegeausbildung wird am Städtischen Klinikum Dessau angeboten.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**7.7 Maßnahmebeschluss zur Projektförderung „Energetische und allgemeine Sanierung der Kindertageseinrichtung Alexandraschule“ der Anhaltischen Diakonissenanstalt Dessau
Vorlage: BV/098/2019/V-51**

Beschluss:

1. Die Förderung des Projektes „Sanierung der Kindertageseinrichtung Alexandraschule“ der Anhaltischen Diakonissenanstalt Dessau am Standort Johannisstr. 11 in 06844 Dessau-Roßlau im Rahmen der Kofinanzierung des Förderprogramms STARK III plus EFRE aus kommunalen Mitteln in Höhe von 516.143,08 € wird beschlossen.
2. Der zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung durch den Träger aufzunehmende Kredit bei der Investitionsbank wird im Rahmen der Übernahme des Schuldendienstes in Höhe von 288.913,64 € durch die Stadt Dessau-Roßlau refinanziert.
3. Zur Zwischenunterbringung der Kinder während der Sanierungsphase wird eine Containerlösung durch den Träger geschaffen. Die Kosten hierfür in Höhe von 390.000 € werden dem Träger durch die Stadt Dessau-Roßlau refinanziert.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

7.8 „Babywillkommenspaket“ der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/431/2018/IV-51

Beschluss:

- 1 Der Stadtrat beschließt die Einführung der familienfreundlichen Maßnahme „Babywillkommenspaket“, bestehend aus dem „Begrüßungsgeld für Neugeborene bzw. hinzugezogene Kinder bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres“ sowie dem Beratungsangebot für Eltern im Bereich „Frühe Hilfen“.
- 2 Das „Begrüßungsgeld“ beträgt einmalig 125,00 Euro pro anspruchsberechtigtem Kind und wird den Sorgeberechtigten (i. d. R. die Eltern) direkt ausgezahlt.
- 3 Die dafür notwendigen Haushaltsmittel sind durch die Verwaltung jährlich zur Verfügung zu stellen. Für 2019 werden hierfür außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 141.000 € bereitgestellt.
- 4 Die Richtlinie zur Gewährung des Begrüßungsgeldes (Anlage 2) wird durch den Stadtrat bestätigt.
- 5 Die Umsetzung des „Babywillkommenspaketes“ soll nach drei Jahren evaluiert werden.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

7.9 Satzung Kinder- und Jugendbeauftragte*r der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/471/2018/IV-51

Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen.

7.10 Änderung/Ergänzung der BV/440/2017/IV-52 Gestaltung der Eintrittspreise und Entgelte der Bäder Sportbad Dessau, Gesundheitsbad und Erlebnisbad Roßlau Vorlage: BV/111/2019/IV-52

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, gibt den Hinweis, dass die Änderung rückwirkend zum 01.01.2019 geplant ist.

Beschluss:

Die Änderung der Entgelte (Hallenmiete) im Gesundheitsbad sowie die Ergänzung der Entgelte (Hallenmiete) im Sportbad Dessau werden gemäß Anlage 2 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 42:01:00

Der Vorsitzende des Stadtrates schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt Nichtöffentlichkeit her.

10 Schließung der Sitzung

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, schließt um 19:04 Uhr die Sitzung des Stadtrates.

Dessau-Roßlau, 28.06.19

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer